

NIEDERSCHRIFT

über die 11. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

vom:	14.06.2000
von:	16.00 Uhr
bis:	19.07 Uhr
Ort:	Rathaus Siegen, Ratssaal

Anwesend waren:

I. Vom Haupt- und Finanzausschuss:

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender
Stv Boller, Joachim
Stv Eberlein, Klaus-Peter - für Stv Fries, Traute
Stv Dr. Holzäpfel, Heinz
Stv Höpfner-Diezemann, Ute - für Stv Dreisbach, Jürgen
Stv Katz, Reinhilde - für Stv Elter, Uwe
Stv Kirchhöfer, Karl Wilhelm
Stv Moll, Ilona
Stv Mues, Gunter
Stv Rothenpieler, Wilhelm
Stv Schiemer, Hansgeorg
Stv Schneider, Manfred - für Stv Köhl, Siegfried
Stv Schulte, Werner
Stv Siebel, Helmut
Stv Dr. Stötzel, Wolfgang

II. Beratende Mitglieder:

Stv Walter, Klaus-Volker

III. Von der Verwaltung:

StK Baumeister
StR Dr. Rohr
StBR Brune
Städt. VD Mengel
Städt. OVR Kühn
Städt. OVR Fischer
Städt. OAR Keßler

Gleichstellungsbeauftragte Dellori
VA Schneider
StAR Dorsch
Dipl.-Ing. Lüster
StOI Bode

StAR Münker - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Dreisbach, Jürgen
Stv Elter, Uwe
Stv Fries, Traute
Stv Köhl, Siegfried

Zur Tagesordnung:

Der öffentliche Teil wird um die Punkte 3.1 - 3.3 und 16 und der nichtöffentliche Teil um Punkt 5.3 erweitert.

A ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (F.D.P.)

Zur Mitunterzeichnung wird Herr Walter bestimmt.

11. HFA 14.06.2000

2. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 17.05. und 31.05.2000

Die Niederschriften werden bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

11. HFA 14.06.2000

3. Fragestunde

3.1 Fertigstellung des Schulhofes der Pestalozzischule

Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.06.2000

Herr Dr. Rohr beantwortet die Anfrage wie folgt:

Der für die Schulhofgestaltungsmaßnahmen in Zusammenhang mit dem Erweiterungs-bau vorgesehene Kostenrahmen wurde mit der Gestaltung des oberen Schulhofbereiches bereits voll ausgeschöpft. Die Haushaltsmittel in Höhe von 75.000,00 DM für die Gestaltung des aus schulfachlicher Sicht erforderlichen Primarstufen-schulhofs standen damals nicht zur Verfügung.

In Kooperation zwischen Schulverwaltung, Hochbauabteilung und Kämmerei stehen nunmehr Mittel im Haushalt 2000 durch Umschichtungen bereit.

Die Frage nach dem Fertigstellungstermin kann z. Z. nicht konkret beantwortet werden, da noch geklärt werden muss, ob die Maßnahme vergeben oder durch die Hochbauabteilung durchgeführt wird. Die Entwurfsplanung ist bereits fertig-gestellt, ein Abschluss der Arbeiten in diesem Jahr wird angestrebt.

Protokollanmerkung:

Zur Zusatzfrage von Herrn Boller teilt die Hochbauabteilung mit, dass die Maßnah-me durch die Grünflächenabteilung durchgeführt werden soll. Ein Fertigstellungster-min kann noch nicht benannt werden.

11. HFA 14.06.2000

3.2 Erarbeitung eines Wohnraumkonzeptes für die Stadt Siegen

Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.06.2000

Die Antwort ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

11. HFA 14.06.2000

3.3 Behandlung von Vermögensgegenständen aus dem Bereich des ehem. Kasernengeländes Heidenberg

Anfrage der Stv Schiemer und Sintzen vom 07.07.2000

Die Antwort ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

11. HFA 14.06.2000

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

4.1 Beweglichere Beerdigungstermine

Antrag der UWG-Fraktion vom 29.05.2000

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Problem flexibler Beerdigungszeiten freitags nachmittags und samstags vormittags zu untersuchen und in einer Vorlage Möglichkeiten aufzuzeigen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

11. HFA 14.06.2000

5. Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NW

**5.1 Erhaltung des freien Geländes „Lurzenbach“ in Oberschelden als Nah-erholungsgebiet
Eingaben und Beschwerden gem. § 24 GO NW der Eheleute Marie-Luise Schön-Hohmann und Dr. med.
Egbert Hohmann vom 16.05.2000**

Vorlagenr. 502/00 - Vorlage vom 23.05.2000

Herr Boller bittet, den in der Eingabe dargestellten Sachverhalt und die Aussagen des Wohnraumkonzeptes in das laufende Verfahren einzubeziehen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, gemäß Buchstabe A Ziffer 3 d der Anlage II zur Hauptsatzung der Stadt Siegen von einer sachlichen Prüfung der Eingabe abzusehen und weist sie zurück.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

11. HFA 14.06.2000

**5.2 Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in der Hüttenstraße in Siegen-Geisweid von der Einmündung Birlenbacher Straße bis Fröbelstraße
Eingabe des Herrn Uwe Dilling und anderen vom 19.05.2000**

Vorlagenr. 503/00 - Vorlage vom 25.05.2000

Herr Schneider macht darauf aufmerksam, das zur Sicherung des Fußgänger-verkehrs das Befahren des Gehweges unterbunden werden muss.

Herr Siebel berichtet, dass der Verkehrsausschuss die Verwaltung zu einer erneuten Verkehrszählung aufgefordert hat.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuß des Rates der Stadt Siegen bestätigt gemäß A Ziffer 4 a der Anlage II zur Hauptsatzung der Stadt Siegen die Stellungnahme des Bürgermeisters und überweist die Anregung zur weiteren Beratung an den Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

11. HFA 14.06.2000

6. Verteilung der pauschalierten Zuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit gemäß § 20 Abs. 1 Nr. 4 Gemeindefinanzierungsgesetz 2000

Vorlagenr. 488/00 - Vorlage vom 29.05.2000

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, den der Stadt Siegen bewilligten Gesamtbetrag in Höhe von 55.006,00 DM wie folgt zu verteilen:

Lfd. Nr.	Antragsteller/in	Projekt	Betrag
1.	terre des hommes Deutschland e. V.	Straßenkinder in Mosambik	5.000,00
2.	Agenda-Arbeitsgruppe ALTERAktiv Siegen	Erhöhung des Angebots und der Nachfrage nach ethischen Finanzdienstleistungen auf lokaler Ebene	4.600,00
3.	AG Zentrum für Friedenskultur	Workshop "Interkulturelle Entwicklungsarbeit in der Kommune mit Internet-Unterstützung", Erstausrüstung des Zentrums für Friedenskultur	920,00
4.	Arbeitskreis Valdivia	-Intensivierung der Zusammenarbeit auf der Ebene von Kirchengemeinden in Siegen und Valdivia -Information über strukturelle und	4.600,00

Lfd. Nr.	Antragsteller/in	Projekt	Betrag
		finanzwirtschaftliche Zusammenhänge -Erarbeitung und Realisierung konkreter Handlungsmöglichkeiten	
5.	Arbeitsgruppe "Lokale Agenda in die Haushalte"	Private Haushalte (er)leben Agenda	1.458,00
6.	Arbeitskreis Leprahilfe St. Marien Siegen	Effektivierung entwicklungs-politischen Engagements im Einsatz für die Leprösen vor allem in der Dritten Welt	2.419,00
7.	Childcare International Siegen e.V.	Erstellung von Informations- und Werbematerialien für die Öffentlichkeitsarbeit einschl. Stellwandsystem	4.140,00
8.	ESG Siegen	Seminare: - Aktuelle Aspekte des Demokratisierungs-prozess in Afrika - Konflikte in Afrika	1.840,00
9.	Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e.V.	Vernetzung der Eine Welt Gruppen in Siegen-Wittgenstein	4.600,00
10.	Eine Welt Forum Siegen-Wittgenstein	-Erstellung eines FairFührers für Siegen -Beteiligung an den Wasser-wochen der Stadt Siegen	4.164,40
11.	Ausschuss für Ökumene und Weltmission, Partnerschaft mit Tansania der Ev. Kirchengemeinde Klafeld	Einander verstehen - einander helfen	1.104,00
12.	Tansania-Partnerschaftsgruppe der Kirchengemeinde Weidenau	Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen des Partnerschafts-gedankens zwischen Men-schen in Tansania und Deutschland (Kibaha und Weidenau)	1.380,00
13.	Dritte Welt-Kreis im Pfarrverband Hüttental- Dreistiefenbach	Ausbildung schafft Hoffnung	2.100,00
14.	DICOP (Disadvantaged Children's Outreach Programme)	Besuchs- und Informations-reise von Andreas Wörster, dem Projektleiter in Südafrika	920,00
15.	Kékéli e.V.	-Veranstaltungen und Semi-nare -Erstellen einer Werbebro-schüre -Krankenhausausrüstung für togoische Krankenhäuser,	5.520,00

Lfd. Nr.	Antragsteller/in	Projekt	Betrag
		Begleitung eines Transportes	
16.	pax christi	Gewaltfreie Konfliktbearbeitung	1.840,00
17.	Ökumenische Aktionsgruppe für Eine Welt e.V.	Informations- und Bildungsarbeit	4.027,00
18.	Aktion Eine Welt St. Michael e.V.	Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu Themen der Entwicklungspolitik und zum Fairen Handel	4.373,60

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

11. HFA 14.06.2000

**7. Maßnahmen zur Dorferneuerung
- Zuschussbewilligung für die Backhäuser in Gosenbach und Eisern**

Vorlagenr. 504/00 - Vorlage vom 29.05.2000

Herr Kirchhöfer spricht sich gegen eine erneute Aufstockung der Mittel aus, da es sich bei beiden Backhäusern nicht um historische Gebäude handelt, die unter dem Gesichtspunkt der Sicherung kultureller Gebäude aus Mitteln für Dorferneuerungsmaßnahmen gefördert werden sollten. Er wird an der Abstimmung nicht teilnehmen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, das Projekt "Errichtung eines Backhauses im historischen Ortskern Gosenbach" der Arbeitsgemeinschaft Gosenbacher Vereine und das Projekt "Wiederherstellung des historischen Backhauses in Eisern" des Heimatvereins Eisern mit weiteren 10.000,00 DM je Projekt zu bezuschussen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

11. HFA 14.06.2000

8. Künftige Nutzung des ehemaligen Wohnheimes für Offiziere (Liegenschaft Nr. 52 auf dem Gelände der Heidenberg-Kaserne)

Vorlagenr. 445/00 und 445/00 A - Vorlagen vom 15.05. und 07.06.2000

dazu: Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 13.06.2000

Herr Dr. Rohr erläutert, dass der Betriebskostenanteil in Höhe von 70.000,00 DM auf die außerhalb der Kindertageseinrichtung liegenden Flächen entfällt. Der Kalkulation wurden die für andere städtische Jugendeinrichtungen ermittelten Kosten zugrunde gelegt. Der Einsatz der genannten Stellen zur Refinanzierung der Personalkosten kann unter verschiedenen Gesichtspunkten differenziert betrachtet werden. Die abweichende Stellungnahme des Kämmerers ist seines Erachtens berechtigt. Dennoch sollte eine Realisierung des Projekts angestrebt werden, um für den Stadtteil Heidenberg eine positive Entwicklungsperspektive zu eröffnen. Mittelfristig kann durch nicht erforderliche Aufwendungen in der Sozial- und Jugendhilfe eine Kompensierung der Kosten erreicht werden.

Aus Sicht des Kämmerers wird der Handlungsbedarf für stadtentwicklungspolitische Maßnahmen im Bereich Heidenberg nicht bestritten, so Herr Baumeister. Angesichts der Verwerfungen im laufenden Haushaltsjahr und der zu erwartenden besonderen Belastungssituation im Jahr 2001 aufgrund der neuen Steuergesetzgebung und der Auswirkungen des zweiten Modernisierungsgesetzes sieht er z. Z. aber keine Möglichkeit zur Finanzierung. Er weist darauf hin, dass in der mittelfristigen Finanzplanung keine Mittel vorgesehen sind und eine Gegenfinanzierung nicht erkennbar ist. Für eine Finanzierung des städtischen Eigenanteils über Kredite besteht aus Sicht der Finanzverwaltung kein Spielraum. Darüber hinaus würden die Folgekosten zu einer Ausweitung des Haushaltsdefizits führen.

Abschließend macht er deutlich, dass die Vorlage seines Erachtens derzeit nicht entscheidungsreif ist. Es ist vielmehr erforderlich, die Finanzierung deutlicher darzustellen und Fördermöglichkeiten aus dem Landesprogramm für „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ zu klären.

Herr Schulte erinnert daran, dass sich die politischen Gremien erstmals 1998 mit der Problematik befasst und die Verwaltung beauftragt hatten, Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Die aktuelle Situation resultiert aus den Bemühungen in den 70er Jahren, den sozialen Brennpunkt Fludersbach durch Umzüge zu entschärfen. Der dadurch entstandene Handlungsbedarf auf dem Fischbacherberg wurde erfolgreich bewältigt. Es ist nicht zu verkennen, dass nunmehr auch im Bereich Heidenberg die Notwendigkeit besteht, Maßnahmen zu ergreifen. Die CDU-Fraktion stellt sich dieser sozialen Verantwortung, misst aber auch den finanziellen Konsequenzen nicht weniger Bedeutung bei. Daher ist sie bereit, zur Refinanzierung der Personalkosten die Stelle der/des Kinder- und Jugendbeauftragten einzusetzen. Zusätzlich sollten die Empfehlungen des Bezirksausschusses West zur Ausschöpfung aller Finanzierungsmöglichkeiten - insbesondere des Landesprogrammes für „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ - in die weiteren Überlegungen einbezogen werden. Bei der weiteren Bearbeitung des Projekts sind im Hinblick auf die Spar-samkeit strenge Maßstäbe anzulegen. Letzteres gilt im Übrigen auch für die Errichtung des Jugendtreffs auf dem Bertramsplatz.

Herr Siebel bestätigt den Handlungsbedarf, kritisiert jedoch die fehlende Abstimmung mit dem Kämmerer. Seines Erachtens ist die Vorlage nicht entscheidungsreif, da die Finanzierung der Maßnahme im Hinblick auf den städt. Eigenanteil nicht ausgereift ist. Angesichts der Erfahrungen bei anderen Altbauten müssen die Baukosten um 20% höher kalkuliert werden. Es ist des weiteren nicht geklärt, wie der Einsatz von Drittmitteln aus Spenden rechtlich abgesichert werden soll. Er hält es für erforderlich, Alternativen zu prüfen und in diesem Zusammenhang den Hinweisen der F.D.P.-Fraktion nachzugehen.

Auch die SPD-Fraktion sieht die Notwendigkeit für Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur, so Herr Kirchhöfer. Im Antrag der F.D.P.-Fraktion sind dazu einige nachdenkenswerte Punkte aufgezeigt. Er teilt die Bedenken von Herrn Siebel, dass die Umbaukosten bei einem Altbau nicht kalkulierbar sind und vermisst eine entsprechende Darstellung der finanziellen Auswirkungen. Angesichts der erst kürzlich diskutierten Umnutzung der ehem. Übergangswohnheime an der Breslauer Straße für eine Kindertageseinrichtung und den Allgemeinen Sozialen Dienst ist der Flächenbedarf für dieses Angebot im Objekt K 52 nicht konkret nachvollziehbar. Er bittet um Überprüfung und ergänzende Informationen über eine Alternative in Form eines Neubaus für eine Kindertageseinrichtung und der Unterbringung sozialer Infrastrukturangebote in einem Gebäude an der Achenbacher Straße und hält abschließend fest, dass die Vorlage nach Auffassung der SPD-Fraktion so nicht entscheidungsreif ist.

Auf Antrag der CDU-Fraktion wird die Sitzung von 17.03 Uhr bis 17.25 Uhr unterbrochen.

Angesichts des Zeitablaufes und der Empfehlungen der Ausschüsse stößt die Diskussion bei Herrn Boller auf Unverständnis. Die Realisierung des Projektes ist nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dringend notwendig und sollte entsprechend der vorliegenden Planung umgesetzt werden. Zum einen muss der Bedarf an Kindergartenplätzen vor Ort sichergestellt und zum anderen eine

Kostensteigerung durch Verlust der Gebäudesubstanz vermieden werden. Im Umsetzungsprozess besteht nach wie vor die Möglichkeit, Standards und Finanzierungsmöglichkeiten zu diskutieren. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht die Stelle der/des Kinder- und Jugendbeauftragten nicht zur Refinanzierung zur Verfügung. Es besteht vielmehr die Möglichkeit, auf freiwerdende Kapazitäten im Bereich des Controllings zurückzugreifen. Auch bei den laufenden Kosten ist nach Auffassung seiner Fraktion ein Einsparpotential z. B. durch Gebäudemanagement nicht ausgeschöpft. Den Antrag der F.D.P.-Fraktion hält er zum jetzigen Zeitpunkt für unrealistisch, da schnell gehandelt werden muss. Der der Neubau einer Kindertageseinrichtung ist nicht zwingend schneller und kostengünstiger zu realisieren.

Herr Eberlein verweist auf das Votum des Jugendhilfeausschusses, dass die Chance für die Verbesserung der sozialen Infrastruktur durch das Objekt K 52 auf jeden Fall genutzt werden sollte. Es wurde aber auch deutlich, dass der Einsatz der Stelle der/des Kinder- und Jugendbeauftragten für dieses Projekt nicht ohne weiteres akzeptiert und der Finanzierungsrahmen für die Baukosten bei einem Altbau als nicht realistisch angesehen wird.

Herr Walter setzt sich dafür ein, vor dem Hintergrund der finanziellen Auswirkungen über Alternativen nachzudenken. Aus seiner Erfahrung ist z. B. der kalkulierte Anteil an Eigenleistungen in dieser Größenordnung kaum aufzubringen.

Aufgrund der berechtigten Bedenken des Kämmerers, insbesondere bezüglich des Eigenleistungsanteils und des Sachkostenaufwandes, schlägt die CDU-Fraktion vor, so Herr Dr. Holzäpfel, diesen in der Beschlussempfehlung an den Rat Rechnung zu tragen, ohne die Weiterführung des Projektes grundsätzlich zu behindern. Vorbehalte in Einzelpunkten können zu einem späteren Zeitpunkt ausgeräumt und entsprechende Entscheidungen getroffen werden.

Beschlussvorschlag (mit Ergänzung gem. Vorschlag der CDU-Fraktion):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt grundsätzlich, das ehemalige Wohnheim für Offiziere (K 52 auf dem Gelände der Heidenberg-Kaserne) als

- Kindertageseinrichtung
- Einrichtung für soziale Gruppenarbeit im Zusammenwirken von Schule und Jugendhilfe (Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung)
- soziales Dienstleistungszentrum

zu nutzen.

Voraussetzung für eine Realisierung ist ein schlüssiges Finanzierungskonzept,

u. a.

- den städt. Eigenanteil für den investiven Bereich (Erwerb / Umbau) auf max. 1.500 TDM zu begrenzen.
- die Mehrkosten für den Betrieb und die Unterhaltung des Gebäudes (ohne Kindertageseinrichtungen) auf jährlich 100 TDM (Sach- und Personalkosten) auf der Grundlage des Stellen- / Haushaltsplanes 2000 festzuschreiben.
- offene Zuschussfragen zu klären.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 5 Enthaltungen

11. HFA 14.06.2000

**9. Aktives Museum Südwestfalen e. V., Obergraben 10, 57072 Siegen;
hier: Erweiterung der Ausstellungsfläche**

Vorlagenr. 459/00 - Vorlage vom 15.05.2000

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt gemäß Ziffer 1 Punkt 14 der Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates der Stadt Siegen die Durchführung folgender Baumaßnahmen durch den Trägerverein:

Erweiterung der Ausstellungsfläche im Aktiven Museum Südwestfalen, Obergraben 10, 57072 Siegen (2. Bauabschnitt), in der Gesamthöhe von 233.000,00 DM

und überweist die weitere Abwicklung an den Kulturausschuss des Rates der Stadt Siegen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

11. HFA 14.06.2000

**10. Musikschule der Stadt Siegen;
hier: Änderung der Schul- und Entgeltordnung zum 01.08.2000**

Vorlagenr. 449/00 - Vorlage vom 31.03.2000

Herr Dr. Rohr stellt klar, dass bei der Höhe der Entgelte und den Stunden keine Änderungen vorgenommen wurden. Die Überarbeitung beinhaltet lediglich Spezifizierungen und Klarstellungen für den Alltagsbetrieb.

Herr Mues gibt zu bedenken, dass auch über die inhaltliche Ausrichtung des Angebotes der Musikschule im Hinblick auf Möglichkeiten zur Reduzierung des Zuschussbedarfes nachgedacht werden sollte.

Herr Siebel sieht einen erheblichen Verwaltungsaufwand bei der Cent-genauen Abrechnung in EURO und bittet, dies zu überprüfen.

Die Verwaltung diesbezüglich eine Ergänzungsvorlage zu.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

Die Schul- und Entgeltordnung der Musikschule der Stadt Siegen wird ab 01.08.2000 gemäß dem der Vorlage beiliegenden Entwurf geändert. Gleichzeitig tritt die Schulordnung vom 27.05.1992 und die Entgeltordnung vom 18.12.1996 außer Kraft.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

11. HFA 14.06.2000

11. Jahresrechnung der Stadt Siegen für das Haushaltsjahr 1999

1. Kenntnisnahme des Jahresrechnungsergebnisses 1999 mit	Rechenschaftsbericht
2. Kenntnisnahme und Zustimmung zu den restlichen über- und	außerplanmäßigen Ausgaben
3. Überweisung der Jahresrechnung zur Prüfung an den Rechnungs-	prüfungsausschuss

Vorlagenr. 505/00 - Vorlage vom 23.05.2000

Herr Baumeister berichtet, dass gegenüber dem vorläufigen Jahresrechnungsergebnis keine Veränderungen notwendig wurden. Aus Sicht der Verwaltung ist das Ergebnis nicht zufriedenstellend, da im Gesamtabschluss keine Verringerung des Defizits erreicht werden konnte. Es war jedoch möglich, den Schuldenstand deutlich zu reduzieren.

Herr Kirchhöfer und Herr Mues bemängeln die späte Zustellung der Unterlagen.

Herr Boller merkt an, dass ein Haushaltsplan im Grunde den Auftrag des Rates an die Verwaltung zur Umsetzung der veranschlagten Maßnahmen darstellt. Bei Betrachtung der Jahresrechnung ist jedoch festzustellen, dass diesem Auftrag in Teilbereichen nicht nachgekommen wurde.

Herr Baumeister erwidert, dass das ausgewiesene Rechnungsergebnis nicht ungewöhnlich ist. Er macht darauf aufmerksam, dass die Ausweisung von Haushaltsresten keine Nichtumsetzung bestimmter Maßnahmen bedeutet, sondern lediglich aufzeigt, dass die kassenmäßige Abwicklung noch aussteht.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen

1. nimmt von dem Ergebnis der Jahresrechnung 1999 Kenntnis,

2. stimmt den restlichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Haushaltsjahres 1999 zu bzw. nimmt davon Kenntnis und zwar

im Verwaltungshaushalt von	.4.028.539,75 DM
im Vermögenshaushalt von711.816,05 DM

3. überweist die Jahresrechnung zur Prüfung an den Rechnungsprüfungs- ausschuss.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 2 Enthaltungen

11. HFA 14.06.2000

12. Weisungsrecht des Rates der Stadt Siegen gegenüber Vertretern der Stadt Siegen im Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe zur Sitzung am 27.06.2000;

hier:

Neufestsetzung der Erdgas- und Wärmeabgabepreise im Versorgungs-gebiet der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH ab 01. Juli 2000

- Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW -

Vorlagenr. 506/00 - Vorlage vom 26.05.2000

Beschluss:

Der Haupt und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, weil es sich um einen Fall äußerster Dringlichkeit handelt, gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW, gegenüber den Vertretern der Stadt Siegen im Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe für die Sitzung am 27.06.2000 zum Tagesordnungspunkt 4 "Neufestsetzung der Erdgas- und Wärmeabgabepreise im Versorgungsgebiet der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH ab 01. Juli 2000" **keine Weisung** nach § 113 Abs. 1 GO NW zu erteilen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (1 Gegenstimme CDU)

11. HFA 14.06.2000

13. Außerordentliche Hauptversammlung der RWE AG am 29. Juni 2000
hier: Fusion der Unternehmen RWE AG, Essen, und VEW AG, Dortmund

Vorlagenr. 507/00 - Vorlage vom 30.05.2000

Für Herrn Boller ist die Verwaltungsvorlage sowohl formal als auch inhaltlich mangelhaft, da keine Aussagen zu positiven oder negativen Konsequenzen für die Stadt Siegen getroffen werden. Insbesondere im Bereich der Gasversorgung ist es nicht unerheblich, wie der Wettbewerb zwischen Gas und Strom als Energieträger stattfinden soll.

Fazit:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt Kenntnis.

11. HFA 14.06.2000

14. I. 37. Änderung des Flächennutzungsplanes
II. Bebauungsplan Nr. 298 „Heidenberg“

hier:

- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Prüfung der Anregungen
- Beschluss der Flächennutzungsplanänderung
- Beschluss des Bebauungsplanes als Satzung
- Vorstellung der örtlichen Bauvorschriften

Vorlagenr.
. 478/00 -
Vorlage
vom
24.05.2000

Herr Schulte macht deutlich, dass die CDU-Fraktion größten Wert auf einen Vollanschluss des Gewerbegebietes an den Autobahnzubringer legt und den Eindruck hat, dass dies von der Verwaltung nicht mit genügend Nachdruck verfolgt wird. Daher wird um einen Sachstandsbericht im Herbst dieses Jahres gebeten.

Der Entwurf der Gestaltungssatzung sollte dem Beirat für Stadtgestaltung zur Beratung vorgelegt werden. Im Übrigen begrüßt die CDU-Fraktion die Aufstellung des Bebauungsplanes, da damit ein großes politisches Ziel - die Schaffung neuer Gewerbeflächen - näher rückt.

Herr Boller vertritt die Auffassung, dass den Einwendungen und Bedenken, z. B. hinsichtlich der wachsenden Verkehrsbelastung, nicht genügend Rechnung getra-gen wurde. In einigen Punkten hätte im Interesse einer breiteren Akzeptanz zu-mindest Kompromissbereitschaft signalisiert werden können. Als positives Leitbild hätte die Art der Betriebe genau definiert werden sollen. Er macht deutlich, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Vorlage nicht zustimmen wird, da neben den o. g. Kritikpunkten die Frage des Denkmalschutzes lediglich formal ohne inhalt-liche Stellungnahme abgehandelt wurde. Darüber hinaus finden die Entscheidungen des Rates zum Klimabündnis und der Lokalen Agenda 21 im Bebauungsplan keinen Niederschlag. Der Entwurf der Gestaltungssatzung ist seines Erachtens nicht geeig-net, Fehlentwicklungen zu verhindern. Eine Vorberatung im Beirat für Stadtgestal-tung ist dringend erforderlich.

Herr Schneider merkt an, dass die Bedenken und Anregungen seines Erachtens durchaus abgewogen wurden. Im gesamten Beratungsverlauf wurde von den poli-tischen Gremien wiederholt deutlich gemacht, dass die Planung auf die Ansiedlung nicht störenden Gewerbes ausgerichtet ist. Dies wird von einem Teil der Bevölke-rung aber offensichtlich nicht wahrgenommen. Er weist darauf hin, dass Verkehrs-regelungen nicht Gegenstand des Bebauungsplanverfahrens sind und zu einem späteren Zeitpunkt aufgegriffen werden können.

Bezug nehmend auf die Einwendungen von Herrn Boller weist Herr Brune darauf hin, dass die Art der Gewerbebetriebe über flächenbezogenen Schallleistungspegel und die Abstandsliste festgelegt ist. Der Einsatz erneuerbarer Energien soll in einem städtebaulichen Vertrag geregelt werden. Der Entwurf der Gestaltungs-satzung ist auch nach seiner Auffassung überarbeitungsbedürftig. Abschließend weist er darauf hin, dass bis zum Satzungsbeschluss durch den Rat in einzelnen Punkten Ergänzungen vorgelegt werden.

Herr Boller stimmt der Auffassung von Herrn Brune zwar zu, dass Details in einem städtebaulichen Vertrag besser geregelt werden können. Er kritisiert jedoch, dass dieser nicht zeitgleich mit dem Bebauungsplan vorgelegt und die Öffentlichkeit nicht beteiligt wird.

Beschlussvorschlag (mit Änderung):

Unter Ziffer 2.3 wird die Formulierung unter dem ersten Spiegelstrich „Im Gliederungspunkt 11.1 entfallen bei der Pflanzliste Sträucher/Hecken die Fliederarten Syringa vulgaris und Syringa in Sorten.“ gestrichen.

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Ausle-gungen von den Nachbargemeinden keine Anregungen vorgebracht wurden.
2. Über die während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen und Hinweise der Träger öffentlicher Belange wird wie folgt beschlossen:
 - 2.1 Der Anregung der Pipeline Engineering GmbH (PLE) Essen wird durch eine die Grundzüge der Planung nicht berührende vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 298 gemäß § 3 (3) BauGB in Verbindung mit § 13 Nr. 2 und 3 BauGB entsprochen. Durch die vereinfachte Änderung, der der betroffene Grundstückseigentümer und der berührte Träger öffentlicher Belange zugestimmt haben, wird nachfolgendes geändert:
 - Die unterirdische Gasleitung Nr. 7 mit Schutzstreifen der Ruhrgas AG wird in den Bebauungsplan übernommen und südlich des Hauses Achenbacher Straße 110 auf der nicht überbaubaren Grundstücksfläche ein Leitungsrecht zugunsten der Ruhrgas festgesetzt.
 - 2.2 Der Anregung der RWE Energie AG wird durch eine die Grundzüge der Planung nicht berührende vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 298 "Heidenberg" gemäß § 3 (3) BauGB in Verbindung mit § 13 Nr. 2 BauGB entsprochen. Durch diese vereinfachte Änderung, der der betroffene Grundstückseigentümer und die RWE Energie AG als Versorgungsträger zugestimmt haben, wird folgendes geändert:
 - Das Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der ESI zwischen Heidenbergstraße und Erschließungsstraße 2 wird von 3,50 m auf 4,50 m verbreitert sowie verlängert und als zusätzlicher Begünstigter die RWE Energie AG benannt.
 - 2.3 Die Hinweise des Kreises Siegen-Wittgenstein als Untere Landschaftsbe-hörde werden durch eine die Grundzüge der Planung nicht berührende vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 298 gemäß § 3

(3) BauGB in Verbindung mit § 13 Nr. 2 BauGB berücksichtigt. Durch die vereinfachte Änderung, der der betroffene Grundstückseigentümer und der berührte Träger öffentlicher Belange zugestimmt haben, wird folgen-des geändert:

- Unter dem Gliederungspunkt 11.3 "Mindestbepflanzung der Stell-plätze" wird ein Verweis auf die Pflanzliste unter Punkt 11.1 "Bäume" eingefügt.

2.4 Das Schreiben der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH (SVB) wird zur Kenntnis genommen.

- 2.5 Der Anregung der Verkehrsbetriebe Westfalen Süd (VWS), eine neue Straßenverbindung zwischen Heidenbergstraße und der Achse 2 in Höhe der alten Kaserneneinfahrt der Heidenbergstraße im Bebauungsplan Nr. 298 planungsrechtlich vorzusehen, wird nicht entsprochen.
- 2.6 Die Schreiben des Westfälischen Amtes für Denkmalpflege werden zur Kenntnis genommen. Die geforderte Abwägung der öffentlichen Belange bezüglich Denkmalschutz und stadtplanerischer Zielsetzung wird durch diese Bauleitplanung hinreichend vorgenommen.
- 2.7 Das Schreiben des Staatlichen Umweltamtes wird zur Kenntnis genommen. Die Hinweise bezüglich des Ausschlusses von Betriebsarten in den Gewerbegebieten sind bereits berücksichtigt. Bezüglich der Belange Altlasten und Abwasser wird eine, gemäß den Abstimmungen, abschließende Stellungnahme ohne Bedenken gegen diese Bauleitpläne der Stadt Siegen in der Sitzung vorgelegt.
- 2.8 Das Schreiben der Bezirksregierung vom 15.05.2000 wird zur Kenntnis genommen. Der Hinweis bezüglich der Beschränkung der Sortimentsliste für das Sondergebiet wird in den Erläuterungsbericht der Flächennutzungsplanänderung redaktionell aufgenommen. In der Flächennutzungsplanänderung werden die Planzeichen für die Darstellung der einzelnen Baugebiete von M in MI, G in GE und S in SO redaktionell angepasst und die Darstellung W Wohngebiet gestrichen. Die von der Bezirksregierung geforderte Festsetzung der Sortimentsliste (Nahversorgung) für das Sondergebiet wird durch eine die Grundzüge der Planung nicht berührende vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 298 gemäß § 3 (3) BauGB in Verbindung mit § 13 Nr. 2 BauGB entsprochen. Durch diese vereinfachte Änderung, der der betroffene Grundstückseigentümer und die Industrie- und Handelskammer sowie der Einzelhandelsverband als berührte Träger öffentlicher Belange zugestimmt haben, wird folgendes geändert:
- Bei der Festsetzung Sondergebiet (SO) wird der Textteil "mit einem Randsortiment des täglichen Bedarfs, wie z. B. Getränke, Backwaren, Blumen, Zeitschriften, Drogerieartikel, zulässig" durch nachstehende Sortimentsliste für (SB)-Märkte (Nahversorgung) ersetzt:

Sortimentsliste für (SB)-Märkte (Nahversorgung)

Abgrenzung der Sortimente für (S. B.)-Märkte gemäß Punkt 2.2.5 des Gem. RdErl. vom 07.05.1996 - Ansiedlung von Einzelhandelsgroßbetrieben - (Mbl.NW 1996 S. 922) und entsprechend dem Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik (WB), Ausgabe 1978, (herausgegeben vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden):

Kernsortiment Nahversorgung

Lebensmittel, Getränke, Drogerieartikel, Körperpflege, nichtelektrische Haushaltswaren

WB Nr.	Nahversorgungsrelevantes Kernsortiment
- WB 00-10, 12-13 960	Lebensmittel, Süßwaren, Spirituosen (einschl. Milchprodukte, Tiefkühl-, Fleischwaren, Gemüse, Tiernahrung)
- WB 11 - WB 15-18	Getränke Wasch-, Putz-, Reinigungs- und Körperpflegemittel, Kosmetika
- WB 66	Nichtelektrische Haushaltswaren

3. Über die während der öffentlichen Auslegungen vorgebrachten Anregungen der Bürger wird wie folgt beschlossen:

- 3.1 Das Schreiben der "Anliegergemeinschaft Ehlersstraße, Am Ziegenberg, Achenbacher Straße, Hubertusweg" vom 25.10.1999 wird zur Kenntnis genommen.
- 3.2 Das Schreiben des Berghotels Johanneshöhe vom 10.04.2000 wird zur Kenntnis genommen. Den Anregungen des zweiten Schreibens des Berghotel Johanneshöhe vom 25.04.2000 wird durch eine die Grundzüge der Planung nicht berührende vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 298 gemäß § 3 (3) BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 und 3 BauGB entsprochen. Durch diese vereinfachte Änderung, von der nur die Stadt als Grundstückseigentümer sowie das Forstamt als Träger öffentlicher Belange tangiert werden, wird folgendes geändert:
- Die überbaubare Grundstücksfläche auf dem Grundstück des Berg-hotels Johanneshöhe (Mischgebiet) wird weitestgehend gemäß den Anregungen des Eigentümers erweitert. Im Süden wird sie um fünf Meter verschoben, im Nord-Osten um eine Teilfläche von ca. 4,5 Meter vergrößert und im Süd-Westen kann die Baugrenze nicht auf die Grundstücksgrenze verlegt werden, da es ansonsten zu Kollisionen mit dem Schutzstreifen, der dort verlegten Gasleitung (LNr 7-95 DN 100 DE.1) kommt.

- 3.3 Das Schreiben des Einwenders Nr. 9 mit Datum vom 11.10.1999 (Ein-gang bei der Stadt 13.04.2000) wird zur Kenntnis genommen. Die Vor-behalte und Anregungen werden zurückgewiesen.
- 3.4 Das Schreiben des Einwenders Nr. 10 (AGENDA) wird zur Kenntnis genommen. Die Anregungen wie "Verhinderung der Stadtfucht, Redu-zierung der Schadstoffbelastungen und Vereinbarkeit von Wohnen und Arbeiten" werden durch die Bauleitpläne berücksichtigt.
- 3.5 Das Schreiben der Einwenderin Nr. 11 vom 04.04.2000 wird zur Kenntnis genommen. Der nicht begründete Einspruch gegen den Bebauungsplan wird zurückgewiesen.
- 3.6 Das Schreiben der Einwender Nr. 12 vom 02.05.2000 wird zur Kenntnis genommen.
- 3.7 Das Schreiben des Einwenders Nr. 13 vom 04.05.2000 wird zur Kenntnis genommen. Der Einspruch bzw. die Forderung, den Bebauungsplan Nr. 298 "Heidenberg" in ein Wohngebiet mit Naherholungsmöglichkeiten zu ändern, wird zurückgewiesen.
- 3.8 Das Schreiben der Einwender Nr. 14 vom 02.05.2000 wird zur Kenntnis genommen. Der Einspruch und die Änderungsvorschläge für den Bebau-ungsplan Nr. 298 werden zurückgewiesen.
- 3.9 Das Schreiben der Einwender Nr. 15 (Eigentümergeinschaft Hubertus-weg) vom 05.05.2000 wird zur Kenntnis genommen. Die Anregungen und Beschwerden zur 37. Änderung des Flächennutzungsplanes und des Be-bauungsplanes Nr. 298 "Heidenberg" werden zurückgewiesen.
- 3.10 Das Schreiben der Einwenderin Nr. 16 vom 04.05.2000 wird zur Kenntnis genommen. Die Anregungen und Beschwerden werden zurückgewiesen.
- 3.11 Das Schreiben der Einwender Nr. 17 vom 05.05.2000 wird zur Kenntnis genommen. Die Bedenken und Anregungen werden zurückgewiesen.
- 3.12 Das Schreiben der Einwenderin Nr. 18 wird zur Kenntnis genommen. Der Einspruch gegen die Errichtung des Gewerbegebietes wird zurückge-wiesen.
- 3.13 Das Schreiben der Bürgerinitiative gegen das "Gewerbegebiet Heiden-berg" (Vorstand) wird zur Kenntnis genommen. Die vorgetragenen Beden-ken gegen diese Bauleitplanungen werden zurückgewiesen. Der Forde-rung nach Änderung dieser Planung in ein "Wohn-Mischgebiet" wird nicht entsprochen.

4. Der Rat der Stadt Siegen beschließt:
- 4.1 die 37. Änderung des Flächennutzungsplanes mit dem Erläuterungs-bericht laut Anlagen 2 und 3 zur Vorlage;
 - 4.2 den Bebauungsplan Nr. 298 "Heidenberg" mit den vereinfachten Änderungen gemäß § 10 BauGB als Satzung laut Anlage 4;
 - 4.3 die Begründung zum Bebauungsplan Nr. 298 "Heidenberg" laut Anlage 5 zur Vorlage.
 - 4.4 Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Entwurf der Örtlichen Bauvorschriften ("Gestaltungssatzung", Anlage 6) für den Bereich des Bebauungs-planes Nr. 298 "Heidenberg" zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, das Verfahren zur Erlassung der Satzung durchzuführen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür
(1 Gegenstimme BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

11. HFA 14.06.2000

15. **Benennung einer Straße im Stadtgebiet nach Nikolaus Groß**

Vorlagenr. 454/00 - Vorlage vom 21.03.2000

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, eine Straßenbenennung im Stadtgebiet Siegen nach Nikolaus Groß wegen des fehlenden unmittelbaren Bezuges zur Stadt Siegen bzw. zum Raum des Siegerlandes nicht vorzunehmen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

11. HFA 14.06.2000

16. Vertretung der Stadt Siegen in der außerordentlichen Hauptver-sammlung der RWE AG am 29.06.2000

hier:

Dringlichkeitsentscheidung des HFA gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW

Vorlagenr. 523/00 - Vorlage vom 08.06.2000

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht sich abweichend vom Verwaltungsvorschlag dafür aus, Herrn Axel Boldt zu benennen, so Herr Boller.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, weil es sich um einen Fall äußerster Dringlichkeit handelt, gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW Herrn Stadtkämmerer Reinhold Baumeister zur Vertretung der Stadt Siegen in der außerordentlichen Hauptversammlung der RWE AG am 29.06.2000 zu bevollmächtigen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (1 Gegenstimme BÜNDNIS 90/DIE
Enthaltung CDU)

GRÜNEN, 1

11. HFA 14.06.2000